

Die Aufgaben sind groß. Gefragt sind:
Erfahrung und Kompetenz.

Wir brauchen einen klugen Anwalt
unserer nationalen Interessen.

Deutschland braucht
Helmut Kohl und die CDU.

Weltklasse für Deutschland

MUSTERREDE

INHALT

- Deutschland – eine Erfolgsgeschichte Seite 4
- Richtungswahl – jede Stimme zählt! Seite 4
- Kandidat mit Minusbilanz Seite 6
- Wirtschaft, Finanzen und Steuern Seite 8
- Aufschwung Ost Seite 12
- Sozialpolitik Seite 14
- Verkehrspolitik Seite 16
- Familienpolitik Seite 18
- Ausländerpolitik Seite 19
- Innere Sicherheit Seite 21
- Weltklasse für Deutschland Seite 23

Es sind nicht mehr viele Monate, und der Tag ist gekommen, daß wir das letzte Kalenderblatt des Jahres 1999 abreißen können. Mit diesem letzten Kalenderblatt wird ein weiteres Jahr zu Ende gehen, aber auch ein ganzes Jahrhundert und überdies sogar ein ganzes Jahrtausend. Dann ist die Zeit der Historiker gekommen, eine zusammenhängende „Geschichte des 20. Jahrhunderts“ zu schreiben. Sie werden von den Kriegen und Katastrophen dieses Jahrhunderts berichten, von technischen Errungenschaften und kulturellen Entwicklungen, von großen Persönlichkeiten und von verbrecherischen Halunken.

Was werden die Historiker demnächst über die 90er Jahre in Deutschland schreiben? Einmal vorausgesetzt, daß die Historiker dann fair und objektiv ihrer Chronistenpflicht nachkommen, müßten sie über ein Deutschland berichten, das in den 90er Jahren in einen glücklichen Abschnitt seiner Geschichte eingetreten ist. Sie würden darlegen, daß das wiedervereinigte Deutschland eine Fülle von Problemen zu lösen hatte, um die schlimmen Folgen des gründlich gescheiterten Sozialismus aufzuarbeiten. Sie würden über ein Deutschland berichten, das in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gewaltige Anstrengungen unternommen hat, um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten, neue, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen und Wohlstand und soziale Sicherheit zu erhalten. Und schließlich werden die Historiker schreiben müssen, daß das weltweite Ansehen, das Deutschland in den 90er Jahren genießt, eng verknüpft ist mit dem Namen des Bundeskanzlers Helmut Kohl, von dem die Medien im Wahljahr '98 behaupten, daß alle ihn weghaben wollen.

Was die Leute wirklich wollen und denken, darüber freilich haben die Medien nicht zu bestimmen. Das bestimmen die Wählerinnen und Wähler am 27. September, dem Tag der Bundestagswahl. Heute wissen wir nur soviel: 76 Prozent der Bevölkerung glauben, daß der Ausgang der Bundestagswahl noch völlig offen ist. Zwar sagen 56 Prozent, sie hätten ihre Wahlentscheidung bereits getroffen. Aber 30 Prozent von ihnen können sich vorstellen, daß sie ihre Entscheidung bis zum Wahltag noch einmal ändern. Das Rennen ist also noch völlig offen. Nichts ist unabänderlich entschieden. Wie oft ist es schon vorgekommen, daß die einen die Umfragen gewonnen haben und die anderen die Wahlen!

Jetzt kommt es entscheidend darauf an, daß bei den Wählerinnen und Wählern eine Wahlentscheidung heranreift, die gut begründet ist. Bundestagswahlen sind keine Schönheitswettbewerbe, und Wahlkampf ist keine besondere Form der Unterhaltungsshow. Was alleine zählen darf, sind Fakten und Argumente.

Deutschland – eine Erfolgsgeschichte

Nur böswillige Verfälscher der Realität können die Fakten bestreiten:

- Deutschland ist heute ein starkes und angesehenes Land. Wir haben um uns herum nur Freunde.
- Deutschland ist ein wirtschaftlich erfolgreiches Land. „Made in Germany“ hat weltweit wieder einen guten Klang. Unser Land hat eine moderne Infrastruktur, wettbewerbsfähige Unternehmen und eine leistungsfähige Spitzenforschung. Bei den Weltmarktpatenten sind wir die Nummer 1.
- Deutschland ist erfolgreich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Wir gehören zu den europäischen Ländern mit der geringsten Jugendarbeitslosigkeit. Unsere sozialen Sicherungssysteme gelten weltweit als vorbildlich.

Die Deutschen haben wahrlich keinen Grund, sich von den Predigern des Pessimismus anstecken zu lassen. Wir alle können stolz sein auf dieses Land und die Leistungen der Menschen. Und wir können stolz sein auf die Leistungen eines Bundeskanzlers Helmut Kohl und der von ihm geführten Bundesregierung. Sie haben ganz wesentlich die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß wir Deutschen gut gerüstet in das nächste Jahrtausend gehen.

Unser Land ist ordentlich und aufgeräumt, weil soviel Reformarbeit wie selten zuvor geleistet wurde: Privatisierung von Bahn, Post und Lufthansa, Rentenreform, Gesundheitsreform, Gewerbesteuer und Vermögenssteuer abgeschafft, das Börsenrecht wurde modernisiert, die Strommärkte geöffnet, das Ladenschlußgesetz verbraucherfreundlich reformiert, Lohnfortzahlung und Kündigungsschutz wurden zugunsten von mehr Wachstum und Beschäftigung verändert.

Richtungswahl – jede Stimme zählt!

Die Voraussetzungen für eine gute Zukunft sind geschaffen. Entscheidend ist jetzt, mit wem die Deutschen diesen Weg in die Zukunft gehen wollen.

Nicht wenige Leute meinen, es komme gar nicht so sehr darauf an, wer im September die Bundestagswahl gewinnt. Und die SPD mit ihrem Kandidaten Gerhard Schröder tut im übrigen alles, um diese Meinung zu verstärken. Die SPD versucht, sich auf die Woge des politischen Erfolges der Bundesregierung zu setzen und sich so zum Sieg tragen zu lassen. Sie suggeriert den Leuten, nur Sozialdemokraten seien in der Lage, das politische Erbe der Union mit frischen Kräften ins nächste Jahrhundert tragen zu können. Wie sie das anstellen will – darüber gibt sie keine Auskunft. Sie führt einen in Watte gepackten Wahlkampf, der ausschließlich auf diffuse Stimmungen und emotionale Effekte abzielt. Die SPD hat im Grunde nur ein einziges Argument: „16 Jahre Kohl sind genug. Deutschland braucht einen Politikwechsel!“

Wir haben in Deutschland leider viel zu wenig Diskussion darüber, was ein solcher Politikwechsel denn bedeuten, welche Folgen er für unser Land haben würde.

Es ist eben nicht egal, welche Parteien nach dem 27. September die Geschicke unseres Landes prägen. Denn die SPD ist nicht die etwas sozialere Schwester der CDU, und Gerhard Schröder ist auch nicht die Juniorausgabe von Helmut Kohl.

So wie die Dinge liegen, haben weder die SPD noch die CDU eine eigene Mehrheit. Beide Parteien sind auf Koalitionen angewiesen. Der regierenden Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP steht eine mögliche Linkskoalition aus SPD und Grünen und – falls das nicht reicht – der SED-Fortsetzungspartei PDS gegenüber. Die Bundestagswahl ist eine Entscheidung zwischen Mitte und Links.

Eine mögliche Linkskoalition steht für massive Steuererhöhungen, schikanöse Tempolimits, Technikfeindlichkeit, 5,- DM für den Liter Benzin, Ausstieg aus der NATO, Verunglimpfung der Bundeswehr, Freigabe von Drogen und für eine lasche Kriminalitätsbekämpfung. Das ist es, was die Linke unter „Politikwechsel“ versteht!

Politikwechsel: das wäre das Ende der guten Jahre für Deutschland. Das wäre das Ende einer verlässlichen und in den Westen eingebundenen Außenpolitik. Das wäre das Ende des wirtschaftlich und technologisch modernen Deutschlands. Das wäre das Ende des attraktiven und internatio-

nal konkurrenzfähigen Wirtschaftsstandortes. All das verbindet sich mit dem zunächst so harmlos klingenden Begriff „Politikwechsel“.

Bei der Bundestagswahl geht es nicht um eine Entscheidung, die man beliebig so oder anders treffen könnte, ohne selbst betroffen zu sein. Nein, es geht um die ganz persönliche Zukunft eines jeden von uns. Es geht um die Zukunft der Kinder und Jugendlichen. Es geht um unsere Arbeitsplätze. Es geht um unsere soziale Sicherheit. Und es geht nicht zuletzt um den Frieden in Europa.

Die Union hat auf den Tisch gelegt, wie sie Deutschlands Zukunft sichern will, ganz konkret:

- Mit einer großen Steuerreform wollen wir das Steuerrecht einfacher gestalten, die Steuersätze deutlich senken und Steuerungerechtigkeiten beseitigen.
- Durch eine Bildungsreform sollen unsere Hochschulen und die deutsche Forschung einen weltweiten Spitzenplatz einnehmen.
- Wir wollen ein Gesundheitswesen, das leistungsfähig und zugleich bezahlbar ist.
- Wir stehen für eine verlässliche Alterssicherung. Mit uns bleibt die Rente Alterslohn für Lebensleistung.

Bei allem, was wir in den letzten 16 Jahren geleistet haben, und bei allem, was wir für die Zukunft planen: bei der CDU war das Geld der Bürger immer in guten Händen. Eine unseriöse Ausgabenpraxis des Staates führt rasch in die Inflation. 6,3 Prozent Teuerung hatten wir im letzten vollen Jahr einer SPD-Regierung. Heute sind es gerade mal 0,9 Prozent – wir haben praktisch Preisstabilität. Mit uns gibt es keinen Blindflug mit defekter Tankfüllanzeige. So soll es auch in Zukunft bleiben. Der unverantwortliche Umgang mit Geld ist das wohl gefährlichste Merkmal der SPD-Politik. Sie orientiert sich immer nur am Wünschbaren und begreift nicht, daß auch der Staat nur das ausgeben kann, was er zuvor von seinen Bürgern eingenommen hat.

Kandidat mit Minusbilanz

Von Gerhard Schröder haben wir bisher nicht erfahren, was er für Deutschland plant und wie er seine Pläne finanzieren will. „Ich bin bereit“, sagt er –

aber wozu ist er bereit? Vielleicht zu allem? Will man ihn an seinen Worten messen, wird man nicht schlauer: zu allem sagt er ja und nein gleichzeitig. Die Süddeutsche Zeitung hat einmal 50 Gründe aufgelistet, die für Schröder sprechen. Aus dieser Liste vier Beispiele: Grund Nr. 25: Schröder ist **für** den EURO. Grund Nr. 26: Schröder ist **gegen** den EURO. Grund Nr. 27: Schröder ist **für** den Lauschangriff. Grund Nr. 28: Schröder ist **gegen** den Lauschangriff.

Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. **Für** höhere Steuern – **gegen** höhere Steuern. **Für** eine Reform des Sozialsystems – **gegen** eine solche Reform. Für und gegen alles. „Wir werden sehen...“ ist seine am häufigsten verwandte Floskel. Wo es ihm opportun erscheint, verspricht er neuen Geldsegen. Wo er Wählerstimmen wittert, redet er den Leuten nach dem Mund. So dumm sind die Deutschen nicht, daß sie das nicht merken. Immer mehr Menschen kommen zu der Einsicht, daß Deutschland einem solch gnadenlosen Opportunisten nicht ausgeliefert werden darf.

Aber wenn man Schröders Worten schon nichts entnehmen kann – wie steht es denn um seine Taten? Wer sich bei einem Unternehmen bewirbt, muß nachweisen, was er bisher geleistet hat. Das wenigstens ist über Schröder bekannt:

- Schröder hat, zusammen mit Lafontaine, gegen den NATO-Doppelbeschluß agitiert und damit maßgeblich zu Helmut Schmidts Rücktritt beigetragen.
- Schröder hat den Austritt Deutschlands aus der militärischen Integration der NATO gefordert.
- Schröder war gegen die deutsche Einheit. Im Bundesrat hat er dem Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion nicht zugestimmt.
- Schröder hat in seiner Landeshauptstadt Hannover die berüchtigten Chaos-Tage zugelassen.
- Schröder mußte sich vom Staatsgerichtshof bescheinigen lassen, daß sein Landeshaushalt verfassungswidrig ist.
- Schröder verspricht mehr soziale Gerechtigkeit. In dem von ihm regierten Bundesland hat er drastische Sozialkürzungen vorgenommen.

- Das von Schröder regierte Niedersachsen weist neben dem Saarland die höchste Arbeitslosigkeit unter den westdeutschen Flächenländern auf.

Es ist ein Hohn, daß ein Politiker mit einer derartigen Minusbilanz überhaupt nur den Anspruch erhebt, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden zu wollen!

Die Wahlentscheidung am 27. September fordert dem Wähler ein hohes Maß an staatsbürgerlicher Verantwortung ab. Er kann dieser Verantwortung gerecht werden, wenn er die Leistungen der Bundesregierung mit den Leistungen und Absichten des SPD-Kandidaten vergleicht. Die Bundestagswahl ist keine Sache des Gefühls – entscheidend sind Fakten und Argumente.

Wirtschaft, Finanzen und Steuern

Selbst Böswillige können es nicht bestreiten: Deutschland profitiert von einem nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser Aufschwung ist das Ergebnis einer konsequenten Reformpolitik der Bundesregierung.

- Die Wirtschaft wächst bis zu drei Prozent in diesem Jahr. Das sagen die Experten übereinstimmend.
- Der Exportmotor brummt wie nie. Deutschland erreicht in diesem Jahr den höchsten Exportüberschuß seiner Geschichte. Die Auftragsbücher der Industrie sind auch für die Zukunft gut gefüllt.
- Die Arbeitslosigkeit sinkt. 750.000 neue Arbeitsplätze entstanden zwischen März und Juni. Deutschland hat europaweit mit die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Die Arbeitgeber rechnen mit rund 1,5 Millionen offenen Stellen.

All das sind Fakten, die beweisen: die Reformen der Bundesregierung greifen. Die Politik der letzten Jahre war richtig! Und wenn die SPD jetzt ankündigt, im Fall des Wahlsieges diese Reformen wieder rückgängig machen zu wollen, dann beweist sie damit nur, daß sie die falschen politischen Konzepte hat.

Es ist schon lächerlich, wenn Gerhard Schröder öffentlich behauptet, dieser Aufschwung sei sein Aufschwung – sozusagen entstanden aus Vorfreude auf seine Kanzlerschaft. Nicht Vorfreude, sondern tiefe Skepsis löst in Krei-

sen der Wirtschaft der Gedanke aus, Rot-Grün könne demnächst Einfluß auf die Wirtschaft gewinnen.

Schröders Schattenwirtschaftsminister Stollmann ist ja selbst Unternehmer – und zwar offensichtlich ein ganz raffinierter: Er stellt sich zwar der SPD zur Verfügung, aber mit der klassischen SPD-Politik will er nichts zu tun haben, weil er sie für falsch hält. Als Unternehmer weiß er, warum. Und so hält er landauf, landab Reden, die er gefahrlos auf jedem CDU-Parteitag halten könnte.

Was die SPD hier vorführt, ist Bauernfängerei. So dumm ist der Wähler nicht. Er kann allemal das Original von der schlechten Kopie unterscheiden:

- **Es war diese Bundesregierung**, die die Arbeit entlastet hat durch Renten- und Gesundheitsreform sowie die Neuregelung der Lohnfortzahlung.
- **Es war diese Bundesregierung**, die für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gesorgt hat durch Änderungen im Kündigungsrecht.
- **Es war diese Bundesregierung**, die die Unternehmensbesteuerung vereinfacht hat durch die Abschaffung der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer. Das brachte neue Spielräume für Investitionen und mehr Beschäftigung.
- **Es war diese Bundesregierung**, die die Bürger seit 1996 um jährlich 35 Milliarden DM an Steuern entlastet hat.
- **Es war diese Bundesregierung**, die die Chancen für Existenzgründer deutlich verbessert hat durch einen erleichterten Zugang zu Gründungs- und Risikokapital. Dies ist nicht zuletzt deshalb wichtig, weil durch eine Existenzgründung im Schnitt vier neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Dies alles hat zu neuer Aufbruchstimmung geführt: im Export, bei den Investitionen für Forschung und Entwicklung und bei neuen, zukunftssicheren Produktionssparten wie z.B. der Biotechnologie. Durch das Gentechnikgesetz und das Multimediagesetz sowie durch den Ausbau der Datenautobahnen ist unser Land gut gerüstet, seine Chancen im 21. Jahrhundert zu nutzen.

Richtig ist aber auch: wir könnten noch weiter sein, wenn die SPD nicht in unverantwortlicher Weise die von uns entwickelte Große Steuerreform blockiert hätte. Das deutsche Steuerrecht ist im Laufe der Jahrzehnte zu kompliziert und unübersichtlich geworden; es gibt zu viele schwer durchschaubare Ausnahmen. Ein Investor aus Übersee, der bei uns Geld anlegen

und Arbeitsplätze schaffen könnte, geht lieber nach England oder Frankreich, wenn er feststellt, was ihm das deutsche Steuerrecht abfordern würde. Wir brauchen die Steuerreform nicht zuletzt auch im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Das hat die SPD verhindert. Die CDU fordert deshalb die Wählerinnen und Wähler auf, mit ihrer Wahlstimme auch über die Steuerpolitik zu entscheiden. Einem solchen Votum kann sich die SPD nicht mehr entziehen.

Niedriger, einfach und gerechter soll die Steuer in Deutschland werden. Der Eingangssteuersatz soll von fast 26 auf 15 Prozent sinken. Statt 53 Prozent Höchststeuersatz soll der Staat künftig mit 39 Prozent auskommen. Damit das funktionieren kann, sollen die Ausnahmen weitgehend gestrichen werden.

Konkret bedeutet das:

- Es wird wieder interessant, in Deutschland zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.
- Es wird lohnender, in Deutschland zu arbeiten: Eine Familie mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 80.000 DM kann künftig mit einer Entlastung von 2.828,- DM rechnen.

Die Vorschläge der SPD sind dagegen geradezu hilflos: Die Senkung der Steuertarife fällt deutlich magerer aus. Gleichzeitig hat Rot-Grün in seinen Programmen acht neue Steuern und Abgaben angekündigt. Das ist typisch linke Politik: was mit der einen Hand gegeben wird, wird mit der anderen Hand wieder genommen. Und wenn Gerhard Schröder eine Mindeststeuer in Höhe von 20 Prozent ankündigt, dann bedeutet das im Klartext, daß junge Unternehmen, die zunächst keine oder nur bescheidene Gewinne machen, rücksichtslos zur Kasse gebeten werden. So ruiniert man Arbeitsplätze!

Den notwendigen Umbau unseres Steuersystems schaffen wir nur, wenn der Staat mit äußerster Sparsamkeit wirtschaftet. Sparen ist kein Selbstzweck. Sparen ist notwendig, um die Verschuldung des Staates abzubauen. Insbesondere die Schulden, die aus dem schlimmen Erbe des gescheiterten Sozialismus aufgehäuft wurden, müssen jetzt nach und nach abgetragen werden. In dieser Situation können wir uns ständig neue Ausgabenprojekte, wie sie die SPD vorschlägt, einfach nicht leisten. Hier stehen wir auch in der Verantwortung für die kommende Generation, die nicht dazu verurteilt sein

darf, morgen mit ihrem Geld die Schulden von heute abzubezahlen. Ich wiederhole es noch einmal: das wohl gefährlichste Merkmal der SPD-Politik ist der unverantwortliche Umgang mit Geld.

Die Bundesregierung hat – im Gegensatz zu Gerhard Schröder in Niedersachsen und Oskar Lafontaine im Saarland – unter Beweis gestellt, daß sie sparsam wirtschaften kann. Solidität und Sparsamkeit sind Kennzeichen unserer Haushaltspolitik. Wir wissen: wenn ein zu hoher Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung durch staatliche Kassen fließt, dann wirkt sich das nur nachteilig auf die wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit aus. In Deutschland ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben am Bruttonationalprodukt im Zuge der Sonderbelastungen durch den Aufbau Ost zeitweise auf über 50 Prozent angestiegen. Das hatte es schon einmal gegeben: 1982, als Ergebnis von 13 Jahren SPD-Regierung – aber ohne Wiedervereinigung.

Wir haben das ehrgeizige Ziel, den Staatsanteil bis zum Jahr 2000 auf 46 Prozent und damit auf den Stand vor der Wiedervereinigung zurückzuführen. Inzwischen haben wir die Hälfte dieser Wegstrecke zurückgelegt, und mit einer CDU-geführten Bundesregierung werden wir dieses Ziel auch pünktlich erreichen. Zusammen mit der Steuerreform ist dies die beste Politik, um Privatinitiative und Risikofreude zu stärken und Investitionen in Arbeitsplätze zu fördern. Diese Politik – von Helmut Kohl und Theo Waigel vertreten und durchgesetzt – ist im besten Sinne Politik für eine gute Zukunft unseres Landes.

Und wenn Herr Schröder dramatisch einen Kassensturz nach der Bundestagswahl ankündigt: bitte schön, den kann er haben! Wir brauchen uns davor nicht zu scheuen! Deshalb werden wir Anfang September den Entwurf des Bundeshaushaltes 1999 ins Parlament einbringen: Auf Mark und Pfennig ist da sichtbar, wie solide es um die Bundesfinanzen steht. Natürlich ist es richtig, daß im Bundeshaushalt auch ein erheblicher Schuldenberg zu bewältigen ist. Aber dies sind im wesentlichen nicht die Schulden der Regierung, sondern die Kosten des gescheiterten Sozialismus – sozusagen der Gegenwert der wiedergewonnenen nationalen Einheit. Hätten wir die Wiedervereinigung, dieses Geschenk der Geschichte, aus Kostengründen ausschlagen sollen?

Wir werden natürlich bei dieser Gelegenheit auch nicht verschweigen, wie es um die von Herrn Schröder in Niedersachsen zu verantwortenden Finanzen steht. Dort verzögert er seinen eigenen Haushaltsentwurf für 1999 bis nach der Bundestagswahl. Der Grund liegt auf der Hand: ihm droht eine Deckungslücke von 5 Milliarden Mark! Das sind die Roßtäuschertricks, mit denen einer auf leisen Sohlen an die Macht will.

Und wenn wir über Wirtschaft und Finanzen reden, dann müssen wir auch über den Arbeitsmarkt reden. Es ist wahr: die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist immer noch inakzeptabel hoch. Wahr ist aber auch: das Tal ist durchschritten. Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Überall entstehen neue, moderne Arbeitsplätze – allein eine dreiviertel Million in den Monaten März bis Juni. Die Arbeitgeber rechnen mit rund 1,5 Millionen offenen Stellen. Der Aufschwung ist da. Jedermann kann es erkennen. Nur der DGB erkennt es nicht, weil er damit beschäftigt ist, Geld zusammenzukratzen, um der SPD beim Wahlkampf zu helfen. Dabei müßte es den DGB eigentlich stutzig machen, daß dort die Arbeitslosigkeit am niedrigsten ist, wo die Landesregierung von der Union gestellt wird. Dies gilt im Westen wie im Osten Deutschlands. Schröder, Lafontaine und Höppner haben katastrophale Arbeitsmarktstatistiken zu verantworten. Das freilich wird in den Medien in aller Regel verschwiegen.

Aufschwung Ost

Wir Deutschen in West und Ost sind in diesen Jahren des ausgehenden 20. Jahrhunderts Zeitzeugen eines historischen Vorgangs, der heute schon seinen Platz in künftigen Geschichtsbüchern hat. Was im Osten Deutschlands seit der Einheit an Positivem erreicht wurde, erregt weltweit Beachtung und Bewunderung. Die Menschen in den neuen Ländern haben Ungeheures in den zurückliegenden acht Jahren geleistet, die Menschen im Westen haben in nationaler Solidarität diese Aufgaben unterstützt und die Bundesregierung hat die Weichen richtig gestellt.

Wenn heute die PDS mäkelnd durchs Land zieht und den Menschen einzureden versucht, die Bundesregierung tue nicht genug für die neuen Länder, dann sollte man sie daran erinnern, in welchem Zustand ihre Vorgängerpartei SED 40 Jahre hindurch das Land gewirtschaftet hatte und wie es heute nach acht Jahren dort aussieht:

- Zu DDR-Zeiten war das Telefonieren eine Katastrophe. Heute stehen weit über 8 Millionen Telefonanschlüsse zur Verfügung, das Telefonnetz ist das modernste der Welt.
- Nur die Hälfte aller DDR-Haushalte war an Kläranlagen angeschlossen – und die funktionierten oft nur schlecht. Die Elbe war ökologisch so gut wie tot. Inzwischen wurden 117 Kläranlagen gebaut – der Fluß hat sich wieder erholt.
- 1990 standen für 17 Millionen DDR-Bürger 78 Computer-Tomographen zur Verfügung. Heute sind es 412.

Das sind nur drei Beispiele für den ungeheuren Wandel, der sich in den neuen Bundesländern vollzogen hat. Aus dem Nichts heraus ist dort ein leistungsfähiger und innovativer Mittelstand entstanden. 600.000 neue Unternehmen haben 3,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. 5.300 km Schienen, 11.500 km Landstraßen wurden neu- oder ausgebaut. Mit einem Wort: der Osten blüht auf!

Hier ist in wenigen Jahren eine Riesenleistung erbracht worden. Und wer immer aus dem Ausland die neuen Bundesländer bereist – vor allem aus jenen, in denen der Kommunismus zur gleichen Zeit zusammenbrach wie in der DDR – der wird feststellen: Was Deutschland hier geleistet hat, das ist Weltklasse!

Aber auch das muß gesagt sein: Es ist kein Zufall, daß die Wirtschaft der neuen Bundesländern dort am besten floriert, wo die Landesregierung von der CDU gestellt wird. Sachsen und Thüringen beispielsweise sind in der Forschung führend. Das Land Sachsen hat die höchste Beschäftigungsquote in ganz Deutschland.

Noch ist in Ostdeutschland nicht alles erreicht. Der Aufbau Ost muß weitergehen. Er behält auch in den kommenden Jahren strikte Priorität.

Die Sozialdemokraten haben mit Ostdeutschland immer schon Probleme gehabt. In der Zeit der Trennung waren sie bereit, die gemeinsame Staatsbürgerschaft über Bord zu werfen und sich mit den Machthabern der SED zu arrangieren. Schröder und Lafontaine haben im Jahr der Einheit in unappetitlicher Weise öffentlich über die Kosten der Einheit lamentiert. Beide haben 1990 im Bundesrat gegen die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gestimmt. Sie haben sich damit gegen einen wesentlichen Schritt zur Einheit

gestellt. Es war Schröder, der 1996 den Aufbau Ost mit Worten kommentierte: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten.“

Es war und es ist die CDU, die die äußere Einheit herbeiführte und die die innere Einheit des Landes nach Kräften befördert hat. Es gehört zur historischen Lebensleistung des Bundeskanzlers, in einer Situation, zu der es keinerlei Vorerfahrung gab, die Weichen richtig gestellt zu haben – 1990 wie in den Jahren danach. 1.400 Milliarden Mark hat die Bundesregierung bisher für dieses große Projekt mobilisiert – ohne Gefährdung für die Stabilität unserer Währung. Dies ist eine Leistung, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Sozialpolitik

Unser Grundgesetz sagt in Artikel 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Dies bedeutet: Sozialpolitik ist Verfassungsauftrag und hat Verfassungsrang.

Jeder Mensch ist angewiesen auf andere Menschen. Aber in jeder Gesellschaft gibt es Menschen, die in besonderer Weise auf die Solidarität, Unterstützung und Hilfe ihrer Mitmenschen angewiesen sind:

- **Menschen, die Hilfe brauchen**, weil sie – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind;
- **Menschen, die Hilfe brauchen**, weil sie auf dem Arbeitsmarkt keine Chance geboten bekommen;
- **Menschen, die Hilfe brauchen**, weil sie krank oder pflegebedürftig sind.

Für sie alle hat die CDU im Laufe von fast 50 Jahren ein soziales Netz geschaffen, das weltweit als vorbildlich gilt. Nach allgemeiner Auffassung gilt die SPD als die „soziale“ Partei. Wahr ist aber: alle großen Sozialgesetze der Bundesrepublik Deutschland – vom Lastenausgleich bis zur Pflegeversicherung – sind von der CDU entwickelt und politisch durchgesetzt worden. Weltklasse für Deutschland – das gilt auch für unseren Sozialstaat!

Dieser Sozialstaat steht heute vor der Aufgabe, den tiefgreifenden wirtschaftlichen, demographischen und gesellschaftlichen Wandel zu bewältigen. Wenn die Menschen – Gott sei Dank! – immer älter werden, wenn – leider! – immer weniger junge Menschen nachwachsen, wenn die medizinische Versorgung immer besser, aber auch immer teurer wird, wenn zunehmend mehr

Menschen nicht mehr die Hilfe innerhalb einer großen Familie in Anspruch nehmen können, dann hatten solche Entwicklungen auch erhebliche Auswirkungen auf das Netz der sozialen Sicherungssysteme. Wir kommen nicht darum herum, den Sozialstaat Deutschland so umzubauen, daß er weiterhin leistungsfähig bleibt und zugleich die veränderten Bedingungen berücksichtigt.

● **Mit der Gesundheitsreform** haben wir die Krankenkassen gezwungen, mehr Wettbewerb zuzulassen und schärfer gegen Unwirtschaftlichkeit und Verschwendung vorzugehen. Aber es war auch unumgänglich, die Versicherten zu mehr Eigenverantwortung zu veranlassen; dazu gehören auch höhere Zuzahlungen. Natürlich ist durch Sozialklauseln sichergestellt, daß niemand überfordert wird. Rund 20 Millionen der knapp 72 Millionen Krankenversicherten sind von Zuzahlungen völlig befreit.

● **Mit der Rentenreform** haben wir auf den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung reagiert. Zwei Ziele wurden mit dieser Reform erreicht: Die Belastung der Jüngeren durch ständig steigende Beiträge wurde auf ein erträgliches Maß zurückgeführt: im kommenden Jahr, wenn sich die Reform voll auswirkt, wird der Beitragssatz voraussichtlich auf 20 Prozent sinken können. Auf der anderen Seite wurde keine Rente gekürzt; die Renten steigen lediglich etwas langsamer als die Löhne.

● **Wir haben die Sozialhilfe reformiert.** Wir haben sie zielgenauer ausgestaltet. Die Möglichkeiten, mehr Hilfe zur Selbsthilfe zu geben, wurden wesentlich verbessert. Statt Arbeitslosigkeit durch Sozialhilfe zu finanzieren, können heute differenzierte Hilfen zur Aufnahme einer Arbeit angeboten werden. Und überdies: Wir haben durch diese Reform der Sozialhilfe und durch die Einführung der Pflegeversicherung die Kommunen erheblich finanziell entlastet.

Wir haben bewiesen, daß notwendige Anpassungen an veränderte wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen nicht im Widerspruch zu der sozialen Verantwortung des Staates stehen müssen, sondern daß beides Hand in Hand gehen kann. Wir haben erreicht, daß die Beiträge zur Sozialversicherung wieder stabil sind. Und wir haben all dies erreicht, ohne die soziale Absicherung des Bürgers in Frage zu stellen. Das ist Politik mit Augenmaß!

Die SPD hat angekündigt, all diese Reformen wieder zurücknehmen zu wollen. Da kann die Konsequenz doch nur heißen: Wer ein soziales Deutschland will, darf die Sozialisten nicht wählen!

So hat beispielsweise Schröders Mann fürs Soziale, Walter Riester von der IG Metall, bereits angedeutet, mit der SPD werde es künftig nur noch eine Grundsicherung für Rentner geben. Im Klartext bedeutet das: ganz egal, wie hart jemand im Leben gearbeitet und wieviel er geleistet hat – am Ende gibt's für alle das gleiche. Schröder soll sich nicht täuschen: auch die Rentner können rechnen. Sie durchschauen den miesen Trick: vor der Wahl wird die Rücknahme der Reformen versprochen, um die Rentner zu ködern. Und nach der Wahl, wenn das Versprechen nicht zu halten ist, sollen die Rentner mit einer Grundsicherung abgespeist werden. Nein, Herr Schröder, Sie haben eines offensichtlich nicht begriffen: die Rente ist kein Almosen des Staates, sondern Alterslohn für Lebensleistung!

Verkehrspolitik

Einen „Politikwechsel“ verspricht die SPD. Das klingt so harmlos und bieder wie „Tapetenwechsel“. Wer bräuchte den nicht hin und wieder? Nur: so harmlos ist der versprochene Wechsel in der Politik nicht, denn entscheidend ist die Frage: Wechsel wohin? Herr Schröder hüllt sich in beredtes Schweigen. Aber jeder, der nüchtern die Fakten addieren kann, weiß ganz genau: wer Schröder wählt, erhält am Ende eine rot-grüne Koalition.

Da tritt eine Mannschaft an, die Deutschlands Bürger in zwangsbeglückende Ideologehaft nehmen will: 5,- Mark für den Liter Benzin, Tempo 100 auf Autobahnen, Auslandsreisen nur alle fünf Jahre und dann auf Bezugsschein, Stopp für den Straßenbau, und die Pläne für den Flughafenausbau werden auf Eis gelegt.

Niemand kann später entschuldigend sagen, das habe man nicht gewußt oder nicht ganz ernst genommen. All das ist nachzulesen im Wahlprogramm der Grünen, beschlossen auf einem Parteitag. Als die CDU daraufhin die Öffentlichkeit alarmierte, haben die Grünen flugs einen Sonderparteitag veranstaltet und ein neues, „entschärftes“ Wahlprogramm beschlossen. Und dann stellte sich ihr Sprecher Trittin vor die Kameras und beteuerte, das alte Programm gelte natürlich weiter. Wohl nie zuvor in der Bundesrepublik hat

eine politische Partei die Öffentlichkeit so unverfroren für dumm verkauft wie die Grünen. Der Wähler ist gewarnt!

Es muß doch jedem Einsichtigen klar sein, daß eine gute Verkehrsinfrastruktur, wirtschaftliche Leistungskraft und sichere Arbeitsplätze in einem unlösbaren Zusammenhang stehen. Wer wie die Grünen Verkehrspolitik mit dem Fallbeil macht, der lähmt die Wirtschaft, verursacht Arbeitslosigkeit und gefährdet unsere soziale Sicherheit.

Es ist völlig verkehrt, in diesem Zusammenhang die Verkehrspolitik gegen den Umweltschutz auszuspielen. Was die Grünen planen, ist purer Ökodirigismus. Politik der CDU ist es hingegen, Wirtschaftswachstum umweltverträglich auszugestalten:

- Nachdem die SPD jahrelang nichts unternommen hatte, haben wir das schadstoffarme Auto und bleifreies Benzin zuerst in Deutschland und dann in Europa durchgesetzt. Mit der Einführung einer emissionsbezogenen Kfz-Steuer haben wir einen starken Anreiz geschaffen, auf schadstoffarme Automobile umzusteigen. Wir haben gesetzliche Maßnahmen gegen den Sommersmog ergriffen. Und wir setzen uns ein für die Entwicklung von Autos mit möglichst geringem Kraftstoffverbrauch.
- Auf der anderen Seite hat für uns der Ausbau der Schienenwege Vorrang vor dem Ausbau von Fernstraßen. Wir wollen mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene bringen. Das ist einer der Gründe, warum wir uns für den Transrapid einsetzen und die Schienenverbindungen zwischen den deutschen Großstädten als Hochgeschwindigkeitsstrecken ausbauen.
- Die CDU macht die Verteufelung des Autos nicht mit. Deshalb schließen wir Lücken im Bundesfernstraßenbau, bauen besonders belastete Autobahnabschnitte aus und stellen Ortsumgehungen fertig. Unsere Investitionen in den Verkehrswegebau sind immer auch Investitionen in einen verbesserten Umweltschutz.

Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, kann sich als Transitland Nr. 1 einen Rückfall in die verkehrspolitische Steinzeit gar nicht leisten. Wer Mobilität verhindert, wer das Autofahren enteignungsgleich besteuert und wer die Flugzeuge am liebsten ganz aus dem Land verbannen will, der unternimmt nicht nur einen Anschlag auf unsere Freiheit, sondern der ruiniert am Ende ein ganzes Land.

Familienpolitik

Die Bundestagswahl am 27. September ist nicht nur eine Entscheidung über die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes. Zu entscheiden ist auch darüber, welche Werte und Normen, welche weltanschaulichen Vorstellungen künftig die Politik unseres Landes bestimmen sollen. Dies hat Auswirkungen auf die Schulbildung unserer Kinder. Dies hat vor allem aber auch Auswirkungen auf den Stellenwert, den die Politik der Familie in unserer Gesellschaft einräumt.

Für die Union ist ganz klar: Deutschlands Herz ist die Familie. Sie steht im Mittelpunkt einer menschlichen Gesellschaft. Auch unter veränderten Bedingungen bleibt sie Lebensgemeinschaft mit Zukunft.

Durch die Erziehung von Kindern leisten Familien einen unschätzbaren Dienst an der Gesellschaft. Familien bieten Geborgenheit und Orientierung an Werten und Tugenden. Deshalb lassen wir nicht zu, daß der Auftrag unserer Verfassung in Frage gestellt wird, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz des Staates zu stellen. Um es ganz klar zu sagen: Die CDU respektiert nichteheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. Wir sind aber gegen die rechtliche Gleichstellung solcher Partnerschaften mit der Ehe.

Zu den hervorstechenden Ergebnissen von 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung gehört, daß Familien heute in Deutschland staatliche Förderung erhalten wie nie zuvor. Für Familien stehen eine Fülle von gesetzlichen Ansprüchen zur Verfügung, die es möglich machen, den individuellen Lagen der Familie so gerecht wie möglich zu werden. Es ist schon beeindruckend, was CDU-Politik heute für Familien leistet:

- Kindergeld oder Kinderfreibetrag bei der Steuer
- besondere Leistungen für Alleinerziehende
- Erziehungsgeld
- Erziehungsurlaub mit Beschäftigungsgarantie
- Anerkennung der Erziehungsleistung
- Wohngeld und Wohneigentumsförderung für Familien
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz
- Freistellung von der Arbeit bei Krankheit des Kindes
- ständig angepaßte Ausbildungsförderung.

Dies alles sind Leistungen des Staates, die Familien und insbesondere Frauen zugute kommen. Wir haben damit mehr erreicht als alle Feminismus-Debatten bei den Grünen.

Diesen Kurs wollen wir für Deutschlands Familien fortsetzen. Wir wollen, daß die Arbeit mit Kindern und für Kinder größere Anerkennung in der Gesellschaft findet. Vor allem die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Berufarbeit muß verbessert werden. Und wir werden in den kommenden Jahren den Familienleistungsausgleich weiter ausbauen. Wenn der Wähler die richtige Entscheidung trifft, dann hat auch in Zukunft die Familie Vorfahrt!

Ausländerpolitik

Die Wählerinnen und Wähler entscheiden mit ihrer Stimme am 27. September auch darüber, welchen Kurs Deutschland künftig bei der Ausländerpolitik einschlagen wird.

Es gibt Leute, die uns einreden wollen, Deutschland sei ein ausländerfeindliches Land. Das ist natürlich Quatsch. Rund 7,3 Millionen Ausländer leben bei uns. Die meisten von ihnen sind als Gastarbeiter von uns ins Land geholt worden. Über 350.000 Männer, Frauen und Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien haben vorübergehend bei uns Aufnahme gefunden. Kein anderes europäisches Land hat sich in diesem Maße engagiert. Wir haben absolut keinen Grund, uns nachreden zu lassen, wir seien ausländerfeindlich.

Aber niemand kann bestreiten, daß wir es hier mit einem ernsthaften Problem zu tun haben. Gegenwärtig leben rund sechs Milliarden Menschen auf der Erde. In etwa 20 bis 25 Jahren – und das ist keine lange Zeitspanne – werden es rund acht Milliarden Menschen sein. Schon heute ist klar zu erkennen – man braucht nur allabendlich die Fernsehnachrichten zu verfolgen – daß immer mehr Menschen rund um den Globus ihre Heimat verlassen, um in anderen Ländern und Kontinenten bessere Lebensbedingungen zu finden. Der Blick vieler richtet sich auf Europa und nicht zuletzt auf Deutschland.

Hier muß eine einfache Wahrheit ganz klar ausgesprochen werden: Wir können die Probleme dieser Erde nicht auf dem kleinen Territorium der Bundesrepublik Deutschland lösen. Wir können nicht alle Ausländer bei uns aufnehmen, die noch zu uns kommen wollen. Die Integrationskraft unserer Gesellschaft, der Arbeitsmarkt und die Begrenztheit unserer Ressourcen lassen dies nicht zu. Das Zusammenleben von Menschen, die aus sehr unter-

schiedlichen Kulturen kommen, verschiedenen Religionen angehören und unterschiedliche Wertvorstellungen vertreten, stellt an die Anpassungsbereitschaft und Toleranz sehr hohe Anforderungen. Außerdem können unser soziales Netz, unsere vielfältig differenzierten Bildungseinrichtungen mit freiem Zugang, eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sowie eine umfassende, von Staat und Gesellschaft getragene Daseinsvorsorge nicht einer unbeschränkten Zahl von Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wer darauf keine Rücksicht nimmt, fördert zumindest unbewußt Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte und erreicht damit das Gegenteil einer Ausländerpolitik, die am christlichen Verständnis von Menschen orientiert ist. Deshalb sagt die Union klipp und klar: Deutschland kann kein Einwanderungsland sein. Wir können nicht alle Menschen aufnehmen, die irgendwo in der Welt in Not geraten sind.

Dies ist ein Standpunkt, den viele andere demokratische Länder, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika, auch vertreten. Deutschland nimmt in dieser Hinsicht keine Sonderrolle ein.

Das bedeutet umgekehrt, daß wir bereit sein müssen, anderen zu helfen, damit sie in ihrer Heimat bleiben können. Und das tun wir auch. Deutschland gehört neben den USA und Japan zu den drei weltweit größten entwicklungspolitischen Geberländern.

Wir wollen die Ausländer, die bei uns leben, möglichst gut integrieren. Dazu bieten wir vielfältige Hilfen. Wir erwarten aber auch von den Ausländern, daß sie bereit sind, in unsere Gesellschaft, in unsere Traditionen und in unsere Rechtsordnung hineinzuwachsen. Und wer als Ausländer das ihm gewährte Gastrecht mißbraucht und kriminell wird, der gehört abgeschoben. Jedes andere Land der Welt reagiert genauso. Es gibt überhaupt keinen Grund, warum das in Deutschland anders sein sollte.

Wenn wir die Ausländer bei uns möglichst gut integrieren wollen, dann kann dies nur gelingen, wenn der weitere Zuzug begrenzt bleibt. Deshalb wird es mit der Union auch kein Einwanderungsgesetz geben, wie es Rot-Grün fordert. Deutschland ist kein Einwanderungsland.

Und mit der Union wird es auch keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft geben. Ausnahmen sind immer möglich. Aber von einem Ausländer, der auf Dauer in Deutschland leben will, kann erwartet werden, daß er bereit ist, die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Rechten und Pflichten zu erwerben.

Eine Einbürgerung kann nur am Ende eines Integrationsprozesses stehen; sie ist für uns auch der Schlüssel zur Erlangung des Wahlrechts.

In diesem Zusammenhang muß auch ein Wort zu den Asylbewerbern gesagt werden. Unser Grundgesetz sichert politisch Verfolgten Aufnahme in unserem Land zu. In der Vergangenheit haben aber immer mehr Menschen in Deutschland Asyl beantragt, die gar nicht verfolgt wurden, sondern die zu uns kommen wollten, weil sie in ihren Heimatländern keine Aussichten auf eine bessere Zukunft sehen. Über Jahre hinweg hat die Union gegen SPD und Grüne darum gekämpft, die Verfassung zu abzuändern, daß den wirklich Verfolgten auch tatsächlich geholfen werden kann. Nach langem Ringen haben wir uns durchgesetzt. Inzwischen ist die Zahl der Asylbewerber um 76 Prozent zurückgegangen. Wir haben das Asylproblem in den Griff gekriegt.

All das würde von Rot-Grün wieder in Frage gestellt:

- **Rot-Grün will** das alte, unpraktikable Asylrecht wieder einführen.
- **Rot-Grün will** die Abschiebehaft krimineller Ausländer abschaffen.
- **Rot-Grün verlangt** ein Bleiberecht für Asylbewerber mit langer Aufenthaltsdauer.
- **Rot-Grün will** staatliche Leitungen auch für abgelehnte Asylbewerber.

Der Wähler hat die Wahl. Er entscheidet mit seiner Stimme auch über die künftige Ausländerpolitik.

Innere Sicherheit

Er entscheidet aber auch über die Art und Weise, wie Deutschland künftig mit Verbrecherbanden und der Bedrohung durch Kriminalität umgeht. 6,7 Millionen Straftaten aller Art allein im Jahr 1996 sind keine zu vernachlässigende Größe. Die Bürger empfinden die ausufernde Kriminalität als Bedrohung. Sie erwarten zu Recht von einem demokratischen Rechtsstaat die Wahrung des inneren Friedens und einen wirksamen Schutz vor Straftaten. Die CDU-geführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren umfangreiche Maßnahmen getroffen, um die Kriminalität in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Und sie hat auf diesem Feld meßbare Erfolge vorzuweisen:

- Die Zahl der Auto-Diebstähle ist um über 23 Prozent zurückgegangen.

● Die Betrugsfälle bei Kreditkarten konnten um fast 10 Prozent gemindert werden.

● Die Wohnungseinbrüche sind um rund 14 Prozent zurückgegangen.

Dies konnte erreicht werden, weil die CDU eine klare politische Linie vertritt: Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt. Pseudoliberaler Nachsichtigkeit gegenüber dem Verbrechen wäre eine Verhöhnung der Opfer.

Es gibt kaum einen Bereich, in dem die Unterschiede zwischen der Union einerseits und Rot-Grün andererseits deutlicher zutage treten als bei der inneren Sicherheit. In Niedersachsen – Ministerpräsident ist dort Gerhard Schröder – liegt die Kriminalitätsrate heute um 25 Prozent höher als in Bayern. Die Aufklärungsquote liegt in Niedersachsen bei 48,4 Prozent, in Bayern hingegen bei 64,3 Prozent. In Niedersachsen, Hessen, Hamburg und im Saarland – alles Länder mit roter oder rot-grüner Regierung – wurden in den letzten fünf Jahren 1.000 Polizistenstellen abgebaut; in Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen – hier regiert die Union – wurden im gleichen Zeitraum 3.000 Polizistenstellen zusätzlich eingerichtet!

Diese Beispiele zeigen: Rot-Grün taugt nicht zur Bekämpfung der Verbrechen. Rot-Grün läßt den Staat zum Nachtwächterstaat verkommen. Wenn es nach Rot-Grün geht, werden Ladendiebstähle und Drogenmißbrauch „entkriminalisiert“. Das heißt im Klartext: Man läßt die Dinge laufen; der Staat kapituliert vor dem Verbrechen. Wenn das Wahlprogramm der Grünen umgesetzt würde, dann würde die lebenslange Freiheitsstrafe für Schwereverbrecher abgeschafft, dann würden Haschisch und Marihuana offen verkauft werden können, dann würden Fixerstuben eingerichtet und staatliche Abgabestellen für Heroin.

Ist das die Gesellschaft, in der wir morgen leben wollen?

Wenn die linken Ideologen bei Rot-Grün das Sagen hätten, stünden unsere Polizisten bei der Erfüllung ihrer Pflicht mit einem Bein im Gefängnis und die Kriminellen mit beiden Beinen im Freigang.

Gerhard Schröder hat in der Kriminalitätsbekämpfung nichts vorzuweisen. Im Gegenteil: er hat in der Landeshauptstadt Hannover die berüchtigten „Chaostage“ zu verantworten. Eine große Wochenzeitung schrieb über ihn: „Unter Schröder wurde Niedersachsen zum Eldorado für Straftäter und Scheinasylanten.“ (WamS, 22. 7. 1997)

Weltklasse für Deutschland

Die Alternativen liegen klar zutage: es geht um die Entscheidung, ob Deutschland auch künftig aus der politischen Mitte heraus regiert wird oder ob ein rot-grünes oder sogar rot-grün-tiefrotes Bündnis Gelegenheit erhält, unser Land umzukrempeln. Es geht um die Entscheidung: Links **oder** Mitte. Links **und** Mitte: das geht nicht, weil es nicht zueinander paßt. Deshalb ist auch alles Gerede von einer großen Koalition törichtes Geschwätz.

Der Wähler muß schon eine klare und eindeutige Entscheidung treffen,

- **ob** er eine Steuerreform mit Theo Waigel haben will **oder** mit Oskar Lafontaine;
- **ob** er Deutschland im Ausland vertreten sehen möchte durch Klaus Kinkel **oder** durch Joschka Fischer;
- **ob** er eine wirksame Verbrechensbekämpfung Manfred Kanther zutraut **oder** Otto Schily;
- **ob** die Richtlinien der deutschen Politik von Helmut Kohl bestimmt werden sollen **oder** von Gerhard Schröder.

Von dieser Entscheidung hängt viel, sehr viel ab. Deutschland übernimmt z. B. im nächsten Jahr turnusmäßig die EU-Ratspräsidentschaft. Dann stehen außerordentlich schwierige Fragen zur Entscheidung an: es geht um den künftigen deutschen Finanzbeitrag, es geht um die Erweiterung der Europäischen Union und es geht um die Zukunft der Landwirtschaft. Wer soll diese schwierigen Verhandlungen denn führen? Wer soll kompetent und durchsetzungsfähig deutsche Interessen in Europa vertreten? Helmut Kohl ist der Staatschef in Europa mit der längsten Erfahrung; sein Wort hat Gewicht in internationalen Gremien. Gerhard Schröder ist in Europa ein Nobody. Kann sich Deutschland einen Anfänger leisten? Warum sollten wir mit der Kreisklasse zufrieden sein, wenn wir Weltklasse haben können? Zum Flüsterwahlkampf der SPD gehört der Ohrwurm, Helmut Kohl sei jetzt 16 Jahre Kanzler, und nach 16 Jahren sei ein Wechsel überfällig. Wer so argumentiert, verwechselt Politik mit Mode. In der Mode braucht man nicht zu begründen, warum Kleider kürzer oder Anzüge weiter zu sein haben. Mode ist letztlich ein schönes Spiel, das man mitspielen kann oder auch nicht.

In der Politik hingegen kann und darf das Modeargument keinen Platz haben. Es ist eben nicht egal, wer Deutschland regiert. Ein Wechsel nur um des Wechsels willen kann fatale Folgen haben. Rot-Grün bietet zwar den Wechsel an. Aber der Preis wäre hoch. Rot-Grün bietet Deutschland keine gute Zukunftsperspektive:

- **Deutschland braucht** weitere Reformen, um unter veränderten Bedingungen weltweit konkurrenzfähig zu bleiben. Es geht um Arbeit, Wohlstand und soziale Sicherheit. Rot-Grün will alle Reformen wieder abschaffen.
- **Deutschland braucht** einen konsequenten Kurs im Kampf gegen die international organisierte Kriminalität. Rot-Grün hat heute schon vor dem Verbrechen kapituliert.
- **Deutschland braucht** Helmut Kohl als klugen Anwalt unserer nationalen Interessen in Europa. Gerhard Schröder kann das nicht.

Unser Land geht in ein neues Jahrhundert.
Wichtige Veränderungen stehen bevor.
Wir schaffen heute mit unserer Politik
die Grundlage für einen stabilen Frieden
in sozialer Sicherheit. Können wir mehr
für unsere Kinder und Enkel tun?